Dat Datum:	23. September 2011
Medium:	derStandard.at
Thema:	Hundstorfer will steuerfinanzierte Pflege

Hundstorfer will steuerfinanzierte Pflege

23. September 2011 12:15

Vereinheitlichung der Pflegestandards der Bundesländer - "Über Geld reden wir am Schluss"

Wien - Die Fragen der künftigen Finanzierung des Pflegesektors sollen bis Ende 2012 gelöst sein. Sozialminister Rudolf Hundstorfer (SPÖ) will bis Ende kommenden Jahres ein Ergebnis der am Freitag begonnenen Pflege-Strukturverhandlungen vorlegen. Dabei geht es nicht nur um die Finanzierung, sondern auch etwa um einheitliche Qualitätsstandards. Das heiße Eisen Finanzierung soll laut Ressortchef erst am Ende verhandelt werden: "Über Geld reden wir zum Schluss", so Hundstorfer.

Wichtig sei, dass sich die Verhandlungspartner im Grundsatz darüber einig seien, dass die Finanzierung steuerfinanziert sein soll, sagte Hundstorfer nach Ende der ersten Verhandlungsrunde. Eine Versicherungslösung strebt er eher nicht an, der Ressortchef verwies darauf, dass dies einen Anstieg der Lohnnebenkosten zur Folge hätte.

Hilfsorganisationen zufrieden

Bevor man aber über die Finanzierung rede, müsse man sich darauf einigen, ob und welche Änderungen im System es geben soll. Hundstorfer wünscht sich vor allem einen Schritt in Richtung Vereinheitlichung der in den einzelnen Bundesländern unterschiedlichen Standards im Pflegewesen. Diese sollte man ein wenig zusammenführen, sagte der Minister.

Zufrieden zeigten sich nach dem ersten Treffen auch die Vertreter der Hilfsorganisationen. Hilfwerk-Geschäftsführer Walter Marschitz sagte, es sei ein gutes Gespräch gewesen. Er sei erfreut darüber, dass nicht nur über die Finanzen sondern auch über Reformen im Bereich der Ausbildung oder der Unterstützung für Angehörige von Pflegebedürftigen gesprochen werden soll. Auch Volkshilfe-Bundesgeschäftsführer Erich Fenninger zeigte sich erfreut darüber, dass zunächst über fachliche Aspekte gesprochen wird. Auch für ihn ist es wichtig, über bundesweite Vereinheitlichungen von Qualitätsstandards zu reden.

Bereits im Oktober sollen laut Hundstorfer die Verhandlungen weitergeführt werden, dazu wird in Kleingruppen weiter diskutiert.